

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den  
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Abzugspreis: Das normal gelieferte Monatsheft oder deren  
Dauer 20 Pf., für Familienangehörige 30 Pf., für die Kassenkarte (inklusive  
an den bestellten Teil einer Ausgabe) 1,50 RM. Anzeigenpreise nach  
Antrag vom 9. Juni an in der Expedition Dresden-K. 1, Güterbahnhofstr. 2

Bezugspreis: (mit dem monatlich 2,50 RM (inklusive im voraus), durch  
die Post 2,50 RM (ohne Zahlungsbüro). Die „Arbeiterstimme“ erscheint täg-  
lich, außer an Sonntagen und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt behält sich  
Verlag auf Verzögerung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises.

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-K. Güterbahnhofstr. 2  
Postfach 17 28. Verlagsleitung: Dresden 15 690.  
Hilfsverlag: Leipzig 16-18 Uhr allg. Sprachstunde, Mittwochs 17-18 Uhr  
Sprachstunden: Leipzig 16-18 Uhr allg. Sprachstunde, Mittwochs 17-18 Uhr  
betriebs- und arbeiterhilf. Progn., Freitage 16-18 Uhr juristische Sprachstunde.

6. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 11. Juni 1930

Nummer 133

Das bringt die neue Arbeitsgemeinschaft:

## Lohn- und Gehaltsabbau!

Schandschiedsspruch für Nordwest verbindlich erklärt / Allgemeiner Lohnabbau bevorstehend  
Nieder mit dem „Rettenprogramm“ des Bürgerblocks und der Bürokratie!

Essen, den 11. Juni.

Der Schiedsspruch für die Eisenindustrie Gruppe Nordwest  
ist vom Reichsarbeitsministerium verbindlich erklärt. Dabei  
sind nicht nur die Löhne der Arbeiter um 10 Prozent  
herabgesetzt, sondern auch die Angestellten-  
gehälter sollen gekürzt werden. Nach der Verbindlichkeits-  
erklärung soll die gesamte Lohn- und Gehaltssumme in Nord-  
west um 7 1/2 Prozent gekürzt werden. Nach der Verbindlichkeits-  
Schwerindustrie in Nordwest bei etwa 250 000 Arbeitern und  
Angestellten viele Millionen jährlich an Lohn und Gehalt sparen.  
Die Industriemagnaten lassen angeblich „blühende Zusicherungen  
geben“ haben, um entsprechend diesen an den Löhnen und Ge-  
hältern herabgedrückten Betrag die Eisenpreise zu „ver-  
billigen“.

Dresden, 11. Juni.

Die Verbindlichkeitserklärung in Nordwest ist von außer-  
ordentlicher Bedeutung. Sie ist eine ganz offizi-  
elle Maßnahme der Bürgerblockregierung, einen allge-  
meinen Lohn- und Gehaltsabbau für ganz  
Deutschland, wenn nötig mit gesetzlichen und staatlichen  
Zwangsmitteln, einzuleiten. Die gleichzeitig betonte Preis-  
senkungspolitik ist eine fette Ente. Ganz abgesehen  
davon, daß durch Steuer-, Zoll- und Mietwucher der Reallohn  
der Arbeiter und Angestellten schon fastlich gesenkt worden ist,  
wirft sich die Preislenkung nur im Großhandel und in der ver-  
arbeitenden Industrie, im Kleinhandel, also in den Preisen der  
Massenbedarfsartikel, fast gar nicht aus. Die „Anurbelung  
der Wirtschaft“ soll so aussehen, daß die Exportinteressen  
der deutschen Kapitalisten auf Kosten eines ungeheuren Lohn-  
raubes an den Arbeitern und Angestellten gefördert werden.  
Parallel mit diesem Anschlag gehen die Ausplünderungspläne  
des Bürgerblocks auf Gehaltsabbau der unteren und mittle-  
ren Beamten, auf weiteren Untergraben und  
Abbau der Krankenunterstützung.

(Fortsetzung siehe 2. Seite.)

### Der „Sozialismus“ der NSDAP

Wichtiges Diskussionsmaterial, um die von den Hitler,  
Goebbels und Konsorten irreführten Proletarier dem  
Faschismus zu entreißen. (Siehe im heutigen Blatt.)

### Entschlossen vorwärts!

Von Rudolf Renner

Elf Tage trennen uns noch vom Wahltag in Sachsen,  
Elf Tage, auf die sich alle Arbeit konzentriert. Das werden  
Großkampftage sein. Wiltensnach muß unsere Arbeit durch das  
Land hallen.

Wir sind die einzige Partei zur Befreiung der Massen.  
Wir allein sind die Partei der proletarischen Revolution.  
So müssen wir auftreten. Wir müssen uns selbst darüber klar sein,  
wie hart am Rande des Zusammenbruchs die kapitalistische Welt  
balanciert. Wir müssen sehen, wie die Krise des Kapitalismus  
wächst. In der ganzen Welt! Stürmisch entfaltet sich die pro-  
letarische Revolution über China, Indien steht im Kampf,  
Marokko in neuen Zuckungen. Die kapitalistischen Länder werden  
von Krisen geschüttelt. Eine neue Welle des Kampfes, eine Welle  
des Streiks beginnt sich über Deutschland zu entfalten. Die Ar-  
beiter kämpfen, ihr Kampf steht unter der Führung der revolu-  
tionären Gewerkschaftsopposition. Der Hungerangriff der Kapi-  
talisten löst auf Widerstand; es gelingt den reformistischen, sozial-  
faschistischen Führern nicht, mit betrügerischen Manövern die Ar-  
beiter zu fesseln.

Da wächst unsere Verantwortung, da muß unser Kampf-  
wille wachsen und unsere Arbeitsleistung.

Wir müssen uns klar werden darüber: ein Erfolg unseres  
Kampfes in Sachsen, die weitere Sammlung breiterer Massen  
unter unserem Banner sind bedeutend für die weitere Entwicklung  
der Ereignisse in ganz Deutschland, ja darüber hinaus. Heute  
steht für uns nicht nur die Aufgabe der breitesten Mobilisierung,  
sondern die der Organisation des Kampfes um Arbeit und  
Brot und der proletarischen Revolution.

Das durch den Wahlkampf gewonnene Terrain wird uns  
die Möglichkeit einer neuen Entfaltung geben; wird der Unterbau  
sein für die organisatorischen Vorbereitungen der Kämpfe um  
Lohn und Brot für den revolutionären Kampf der Massen.

Deswegen muß sich die Partei in ihrer Gesamtheit der Be-  
deutung des Wahlkampfes weit über den Rahmen der Stim-  
mzettelabgabe hinaus bewußt sein. Deswegen muß sie alle Kraft  
einsetzen, deswegen darf kein Parteimitglied bei der Durchführung  
der Arbeit fehlen. Aufklärung der Massen, Gewinnung der Massen,  
Aufzeigen der Rolle der Parteien, Aufzeigen unserer Arbeit, un-  
serer Tagesforderungen und unserer Endziele — das ist das Ge-  
bot, das vor uns steht.

Wenn die Gesamtpartei ihre Pflicht tut, dann werden wir  
an große Teile der Bevölkerung herantreten, dann wird und  
muß es uns gelingen, aufzuholen, zu gewinnen, die Massen zur  
Erkenntnis zu führen, daß nur wir, die Kommunisten, die Partei

## Katastrophe auf dem Arbeitsmarkt

Nur revolutionärer Massenkampf um Sieben-Stundentag bei vollem Lohnausgleich  
vermindert die Arbeitslosigkeit!

Dresden, den 11. Juni.

Nach dem neuesten Bericht des Arbeitsamtes für den Frei-  
staat Sachsen betrug am 31. Mai die Zahl der Hauptunter-  
stützungsempfänger 212 108. Die Abnahme beträgt also in der  
Wochenfrist ganze 10 000, dagegen ist die Zahl der Empfänger der  
Arbeitsunterstützung um fast 4000 gestiegen. Die Gesamt-  
zahl der Arbeitsuchenden beliefert sich auf 371 874  
Personen, das heißt daß mehr als 10 Prozent der sächsischen  
Arbeitskraft direkt arbeitslos sind, nicht berichtigt die Kurz-  
arbeiter.

Für die weitere Entwicklung verpricht das Arbeitsamt  
keine Besserung. Vor allem im Bauhandwerk herr-  
schen erschreckende Verhältnisse.

Für diesen Bericht gibt es keine bessere Begründung für die  
Rückwärtsentwicklung außerparlamentarische Erfämp-  
fung des Siebenstundentages und der 40-Stunden-  
Woche bei vollem Lohnausgleich! Statt diesen Kampf auf brei-  
tester Linie aufzunehmen, schließt die Bürokratie die Opposi-  
tion aus den Verbänden aus, „arbeitet“ mit den Kapitalisten  
gemeinam die Wirtschaft an, schafft also die Voraussetzungen für  
weitere Rationalisierung, für weiteres Massenelend.  
Erit vor wenigen Tagen stimmten Sozialdemokraten  
und Nazis einen kommunistischen Antrag auf Einführung  
des Siebenstundentages nicht in den sächsischen Werken im  
Leipziger Stadtparlament nieder.

Das kämpfende Bündnis zwischen Betrieb und Stempelstelle  
unter Führung der KPD muß die Antwort sein. Wählt am  
22. Juni die Liste 3!

### Arbeitsbeschaffungsschwindel!

Der Schwindel von der Milliarde, durch welche neue Ar-  
beit geschaffen werden soll, der Schwindel, der von der SPD-  
Presse besonders groß aufgetrieben wurde, um die empörten Mas-  
sen von dem Betrug der sozialfaschistischen Führer abzuhalten,  
ist innerhalb 3 Tagen zusammengebrochen. Der „Montag-  
Morgen“ teilt mit:

„Sowohl die Post wie die Bahn erklären, daß sie völlig  
aufgeräumt seien, die geplanten Aufträge zu finanzieren.“

Die „Dresdner Volkszeitung“ hat in einem gro-  
ßen Artikel darauf hingewiesen, daß die Young-Anleihe zur Ar-  
beitsbeschaffung Verwendung finden könne. Dazu sagt der  
„Montag-Morgen“:

„Trotzdem stellen sich sowohl die Post wie die Reichsbahn  
nervös auf den Standpunkt, daß die Verwendung dieser Ge-  
träge bereits vollständig festgelegt sei.“

Die Post soll aus der Young-Anleihe 160 Millionen er-  
halten. Diesen Betrag will das Postministerium aber zur  
Auffüllung der Schatzkassen benutzen. . . .“

Weiter heißt es:

„. . . so behauptet die Reichsbahn, daß der größte Teil  
der Gelder, den sie zu bekommen hat, — 240 Millionen — be-  
reits in den letzten Jahren vorweg verbaut worden ist,  
mit anderen Worten: Zur Bezahlung der Schulden benötigt  
wird.“

Die SPD-Führer haben, so bald sie von der Auflegung der  
Anleihe hörten, ein Geschrei angestimmt, daß die „Wirtschaft an-  
gezurrt“ werden könne. Ihr Schwindel ist schnell zusammen-  
gebrochen. Die Antwort muß ihnen am 22. Juni erteilt werden.



Zehntausende demonstrierten in Erfurt! Hunderttausende wählen am 22. Juni Liste 3!